



JOSEF D. BLOTZ

Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.
Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft am Beispiel des 20. Juli 1944
(Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 83)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2024
314 Seiten, gebunden | 39,95 €
ISBN 9783111380513

rezensiert von

MICHAEL SCHNEIDER, Kalenborn

Das vorliegende Buch bietet eine umfassende Bestandaufnahme und mehrschichtige Analyse sowie eine exemplarische Bildpräsentation von Denkmälern für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Die Studie ist als Dissertation an der Technischen Universität Cottbus-Senftenberg entstanden. Da ihr Autor Josef D. Blotz Generalmajor a.D. des Heeres der Bundeswehr ist und ihre Publikation in den »Beiträgen zur Militärgeschichte« zum Gedenken anlässlich des 80. Jahrestags des Attentats vom 20. Juli 1944 erfolgte, wie in einem Vorwort Sven Lange, Oberst und Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, erläutert, kann man die Studie wohl selbst als Bestandteil der Erinnerungsarbeit der Bundeswehr verstehen.

Die in mehr als 280 Orten erfassten über 1.100 Denkmäler werden von Blotz zunächst nach ihrer regionalen Verteilung gruppiert. Dabei zeigt sich, schaut man auf die Verteilung der Denkmäler über die einzelnen Bundesländer, ein deutliches Übergewicht in Süddeutschland. Setzt man die Anzahl der Denkmäler jedoch ins Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes, so relativiert sich dieser Befund ein wenig – ohne sich freilich grundsätzlich zu verändern.

Sodann beschreibt Blotz die verschiedenen Phasen der Entstehungszeit der Denkmäler. Schon während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft waren einzelne Denkmäler entstanden, errichtet zumeist von den Familien oder von Freunden, mit denen an Verstorbene erinnert wurde, ohne allerdings deren Widerstand, Haft und Ermordung zu erwähnen. Bei den in der Zeit von 1945 bis 1948/49 vereinzelt errichteten Denkmälern zeigte sich eine Tendenz, das Gedenken an die Widerstandskämpfer und -kämpferinnen parteipolitisch zu instrumentalisieren. Dabei ging es nicht nur um Konflikte zwischen SPD und CDU, sondern früh zeichnete sich ab, dass der Widerstand von Kommunisten und Kommunistinnen aus der Gedenkkultur in den drei Westzonen weitgehend ausgeschlossen wurde, während er in der Sowjetischen Besatzungszone eindeutig den Vorrang gegenüber dem anderer Gruppen des Widerstands genoss. Dass die Zahl der Denkmäler zu dieser Zeit insgesamt recht niedrig war, wird von Blotz darauf zurückgeführt, dass zum einen das Verhältnis zum Widerstand in weiten Kreisen der Bevölkerung ungeklärt war

und dass Denkmäler vielfach nicht nur als eine Würdigung der Opfer, sondern auch als Vorwurf an die Adresse derjenigen verstanden wurden, die die Diktatur ohne Widerstand hingenommen hatten. Zum anderen gibt der Autor zu bedenken, dass in jener Zeit unter dem Druck von Niederlage, Flucht, Vertreibung und Not die Sorge um das tägliche Überleben vorherrschte. In einer dritten Phase ist für die Bundesrepublik Deutschland in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren eine deutliche Zunahme der Denkmalsaktivitäten zu verzeichnen. Nach einem Rückgang in den 1970er-Jahren zeigte sich dann in den folgenden Jahrzehnten ein steiler Anstieg.

Der Autor gruppiert die Widerstandsdenkmäler wie folgt: Denkmäler für Studenten und Jugendliche, für Christen, für Kommunisten, für Einzelpersonen und für Angehörige der Gruppen des 20. Juli 1944. Zwar stimmen die Konjunkturverläufe der Denkmalseinrichtung für die unterschiedlichen Gruppen des Widerstandes in etwa überein, doch das Niveau ist höchst unterschiedlich. Den stärksten Anstieg hatten seit den 1980er-Jahren die Denkmäler zur Erinnerung an das Attentat vom 20. Juli 1944, an den Widerstand einzelner Personen (»stille Helden und Heldinnen«) und an den Widerstand von Kommunisten und Kommunistinnen zu verzeichnen. Nur am Rande sei angemerkt: Vielleicht hätten auch die Denkmäler für Aktivistinnen und Aktivistinnen des Widerstands aus den nichtkommunistischen Zweigen der Arbeiterbewegung als eine eigene Gruppe präsentiert werden können.

Gesondert betrachtet werden sodann die Denkmäler zum Widerstand von Frauen. Hier zeigte sich in den letzten Jahrzehnten eine kräftige Steigerung der Denkmalsaktivität. Wurden in den Jahrzehnten von 1949 bis 1979 insgesamt elf Denkmäler für Frauen errichtet, so stieg deren Zahl seither von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sprunghaft an: von 18 in den Jahren von 1980 bis 1989 auf 54 in den Jahren von 2010 bis 2020. Die inhaltliche Ausrichtung der Denkmäler folgte damit den Ergebnissen der jüngeren Forschung, die erwiesen hat, dass Frauen »in allen Phasen des Nationalsozialismus, in allen Kategorien und mit vollem Risiko aktiv und wie (ihre) Männer von allen Konsequenzen betroffen [waren]: Berufsverbot, Gefängnis, Konzentrationslager, Sippenhaft, Folter, Ermordung.« (S. 73) Auch der »Widerstand von Christen« wird gesondert beleuchtet, wobei herausgearbeitet wird, dass es sich nicht um den Widerstand der Kirche als Institution, sondern um den Widerstand von Einzelpersonen aus christlicher Verantwortung gehandelt hat. Deren Widerstand wurde mit überaus vielfältigen Denkmälern gewürdigt, von Büsten, Gedenktafeln, Kirchenfenstern, Reliquienschreinen und Grabstätten bis hin zu Stolpersteinen. Auch die Benennung von Kirchen oder Gemeindehäusern und Bildungsstätten nach Persönlichkeiten des Widerstandes gehört hierher. Schließlich werden auch »ephemere Denkmäler«, also Denkmäler, die nur für eine bestimmte Zeit bestanden, in den Blick genommen.

In einem Exkurs wird die Denkmalskultur in der DDR betrachtet. Errichtet oftmals aufgrund der Initiative der Staatspartei oder von staatlichen Institutionen, dienten die Denkmäler vor allem der Erinnerung an den kommunistischen Widerstand. Erst in den letzten Jahren vor dem Ende der DDR zeichnete sich eine Auffächerung der Erinnerungslandschaft ab, in der nun auch der Widerstand des 20. Juli 1944 und der Widerstand von einzelnen Christen und Christinnen gewürdigt wurde. Dass es sich bei der Erinnerungskultur in der DDR um ein lohnendes Forschungsthema handelt, das wegen seines Umfangs und seiner methodischen Probleme eine eigene Untersuchung verlangt, wird von Blotz angemerkt. Entsprechendes gilt im Übrigen für die in einem weiteren Exkurs skizzierten Denkmäler zum deutschen Widerstand im Ausland.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Erfassung und Analyse der Denkmäler zur Erinnerung an den 20. Juli 1944. Dabei werden Persönlichkeits- und Ereignisdenkmäler unterschieden; zudem wird beleuchtet, von wem die Initiative zur Errichtung des Denkmals jeweils ausging und an welchen Standorten es errichtet wurde. Außerdem werden die unterschiedlichen Formen der Denkmäler – von der Plastik über das Ehrengrab und die Gedenktafel bis zum Stolperstein – vorgestellt. Auch der Wandel der Inschriften – von der schlichten Namens- und Datennennung hin zur detaillierten historischen Einordnung – wird nachgezeichnet. Dass auch der »Widerstand gegen den Widerstand« Erwähnung findet, weist darauf hin, dass die Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus sich keineswegs ohne Hindernisse durchgesetzt hat. Dokumentiert werden zahlreiche Fälle von Vandalismus (mutwillige Beschädigung oder Zerstörung) und Entfernung (etwa bei Abriss eines

Gebäudes oder durch Diebstahl). Hervorzuheben ist, dass im Anhang der Untersuchung fast 50 Personen aus dem Umfeld des Attentats vom 20. Juli 1944 aufgelistet werden, deren Wirken bisher noch nicht durch ein Denkmal gewürdigt worden ist.

Die gesonderte Analyse des Themas »Die Bundeswehr und ihre Denkmäler für den 20. Juli 1944« folgt der Komplexität dieses speziellen Problembereichs, hat die Bundeswehr doch jahrelang um die Klärung ihres Traditionsverständnisses, speziell ihres Verhältnisses zur Wehrmacht und eben auch zum Widerstand, gerungen. Im Anhang werden nicht nur Dokumente zum Bekenntnis der Bundeswehr zum Widerstand vom 20. Juli 1944 präsentiert, sondern auch die nach Widerstandskämpfern benannten Kasernen der Bundeswehr und deren Denkmalbestand sowie die Inschriften der Stauffenberg-Denkmäler dokumentiert.

Eine Betrachtung der Widerstandsdenkmäler in Bildungseinrichtungen rundet die Studie ab. Auch hier zeigt sich die Dominanz des Gedenkens an den Widerstand vom 20. Juli 1944. Bildungseinrichtungen sind, wie Blotz herausarbeitet, ein besonders geeigneter Ort, um die Wirkung von Denkmälern zu gewährleisten; denn Denkmäler sprechen ja in den meisten Fällen keineswegs allein aus sich heraus, sondern sie bedürfen der Erläuterung und Kontextualisierung, die insbesondere in der Praxis der politischen Bildungsarbeit geleistet werden kann.

Mit seiner umfassenden Erfassung der Denkmäler erreicht Blotz in der Tat sein selbst formuliertes Ziel, »eine wesentliche Voraussetzung für die Beschreibung, Zustandsbestimmung, Erhaltung und wissenschaftliche Erforschung, letztlich also für die Erhaltung der Denkmalwerte« zu schaffen (S. 254). Und zuzustimmen ist seinem Resümee, demzufolge die »bis heute anhaltende Lebendigkeit der Denkmalsetzungen für den Widerstand zeigt, dass es auf diesem Feld keinen Schlussstrich unter Erinnerung und Mahnung gibt und nach dem Willen einer mehr und mehr diversifizierten Initiatoren-Community auch nicht geben soll.« (S. 255f.) Erwähnt sei schließlich sein Hinweis auf die aktuelle Bedeutung der Denkmäler: »Denkmäler können zu wichtigen Elementen eines Lernprozesses werden, besonders in Zeiten der missbräuchlichen Berufung auf das Recht auf Widerstand und die Instrumentalisierung des Widerstandes gegen das NS-Regime durch Extremisten.« (S. 259) Mit seiner Arbeit leistet Blotz also einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der deutschen Erinnerungskultur. Dabei bietet er nicht nur eine präzise und facettenreiche Bilanz der Denkmalskultur zum Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, insbesondere zum Attentat vom 20. Juli 1944; sondern er markiert auch die Fehlstellen in der Erinnerungskultur und in der Forschung zu deren Geschichte, was hoffentlich weitere Studien, zum Beispiel zur Erinnerungskultur in der DDR, anregt.

Zitierempfehlung

Michael Schneider, Rezension zu: Josef D. Blotz, Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft am Beispiel des 20. Juli 1944, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82033.pdf>> [24.10.2024].



LENA RUDECK

Vergnügen in Besatzungszeiten.
Begegnungen in westalliierten Offiziers- und
Soldatenclubs in Deutschland, 1945-1955
(Histoire, Bd. 207)

transcript | Bielefeld 2023
316 Seiten, kartoniert | 39,00 €
ISBN 978-3-8376-6622-9

reviewed by

CAMILO ERLICHMAN, Maastricht University

Over the past decade, the Allied occupation of Germany has been the subject of a major historiographical rediscovery. While a previous generation of scholars often framed their research as a contribution to an understanding of the nascent Cold War or as an exploration of the »prehistory« of the two German states, recent work has shifted towards an analysis of the occupation as a subject in its own right. As part of this turn, the occupation is increasingly understood as involving a complex social relationship between the occupiers and the occupied, within which power relations were in a constant state of flux. This has encouraged the emergence of a range of new studies that concentrate on analysing the occupation »from below«, focusing on themes such as daily life, social interactions, and the gendered experience of occupation.¹

Lena Rudeck's innovative study on a significant, but hitherto entirely ignored subject is a very welcome addition to this growing body of work. Rudeck has had the good idea of exploring the many clubs established for Allied officers, soldiers, and service personnel in the three western zones of occupation. These clubs play a central role in cultural representations of the occupation period, most notably in film and literature, and were a central feature of contemporary public discourse, but have curiously never attracted much interest amongst historians. In filling this gap, Rudeck has produced a rare example of a comparative study of the three zones, something that most scholars of the occupation period have shied away from given the intricacies of mastering the unwieldy archival sources produced by each occupation machinery. This effort has paid off. Through her distinctive approach, Rudeck is able to demonstrate the significant differences that existed in the approach of the three western occupiers, thereby putting paid to the familiar notion that the British and French were simply replicas of the Americans.

¹ See e.g. *Susan L. Carruthers*, *The Good Occupation. American Soldiers and the Hazards of Peace*, Cambridge, Mass./London 2016; *Camilo Erlichman/Christopher Knowles* (eds.), *Transforming Occupation in the Western Zones of Germany. Politics, Everyday Life and Social Interactions, 1945-55*, London 2018; *Samantha K. Knapton*, *Occupiers, Humanitarian Workers, and Polish Displaced Persons in British-Occupied Germany*, London 2023.

The book provides a comprehensive survey of all aspects of the clubs between 1945 and 1955. Rudeck first traces the establishment of the clubs. As she shows, the clubs were devised as strategic tools to regulate the behaviour of the troops and exert a form of control over them. All three occupiers worried that their officers and soldiers would get bored during their spare time, and as a result would engage in unruly behaviour that could generate conflict with the local German population. In addition, when fraternisation rules were relaxed in the autumn of 1945, there was increasing fear about the relations between Allied male soldiers and German women, not least owing to rising rates of venereal disease (VD) and worries about the German populations' resentment at the supposed ›immorality‹ of the occupiers. Concerns about the ways in which German pubs functioned as hot spots for criminal activities and as places in which soldiers could interact with prostitutes prompted a drive towards creating clubs that were more attractive than what was on offer elsewhere. The Allied clubs were therefore meant to provide officers and soldiers with a framework within which they could engage in heavily regulated leisure activities, while strengthening the internal cohesion of the troops, increasing troop discipline, and reinforcing the soldiers' ties to their respective home countries. The idea, as Rudeck convincingly argues, was to create a »new normality during the state of exception« (p. 79) created by occupation.

Each occupying power, however, conceived their clubs in a distinctive manner. The American clubs were meant to strengthen the identification of American officers, soldiers, and occupation personnel with the United States as a nation, and the clubs consequently organised numerous cultural activities. The British clubs, by contrast, were luxurious ventures, offering special comfort and lavish access to food and drinks, providing members of the occupation with a high standard of living that exceeded that of most people in the United Kingdom. In many respects, their purpose was to motivate British personnel to remain in Germany. Finally, the French clubs were highly improvised structures that reflected the lack of financial resources in France, serving primarily as a tool to strengthen the social cohesion of individual military units.

Rudeck examines the people who worked in the clubs, focusing on the role of the American »hostesses«. These women had been carefully selected to serve the soldiers in the clubs, create an »American atmosphere« (p. 93), provide company to the men, and be available for friendly conversations. They were also important intermediaries between the guests and the Germans working in the clubs, such as most notably the kitchen staff, as well as the German entertainers and musicians who were hired to put on shows. As Rudeck shows, the occupiers were highly dependent on such German employees, not least because there was a shortage of non-German bands. In return, Germans who managed to land jobs in the clubs received numerous privileges, including good wages as well as access to food and alcohol. Occupation always entailed a high degree of interdependency between the occupiers and the occupied.

The book's most innovative chapter provides an analysis of the mechanisms by which access to the clubs was restricted to specific Allied groups and to certain segments of the German population. Here, again, major differences between the three occupiers come to light. The American clubs differentiated strictly between officers, non-commissioned officers, and enlisted men. The Americans also enforced a rigid racial segregation, with separate clubs being set up for Afro-American soldiers, who were barred from white clubs even after the formal desegregation of the US military in July 1948. In the British Zone, the differentiation between ranks was gradually diluted during the occupation period, reflecting the increasing »civilianisation« of the occupation machinery. In the French Zone, finally, a strict separation between the ranks was maintained throughout the occupation, and the so-called »foyers« were linked directly to specific military units. As part of the racialised politics of the occupation, French colonial soldiers were segregated into separate clubs, the »cafés maures«.

The biggest headache for the occupiers in their attempt to exercise discipline over their troops was the simple fact that the male Allied personnel wanted to spend their leisure time with female company. As there were not enough women in the Allied services, the authorities allowed some German women entry to the clubs. In a particularly stimulating section, Rudeck provides a careful analysis of an American peculiarity: the introduction of so-called »social passes« to regulate access

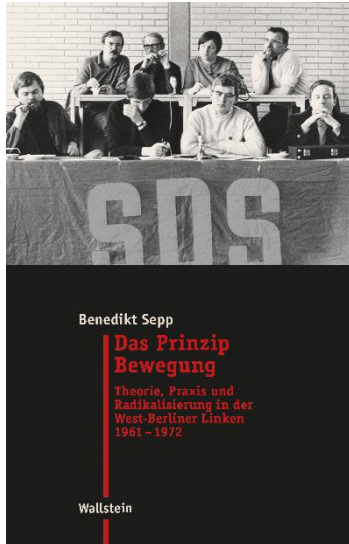
to the clubs. This clashed with the approach taken by the French, who generally prohibited the entry of Germans to the clubs until 1952, while the British initially only permitted Germans to attend specific events, and opened their clubs to all Germans only in 1950. The Americans, by contrast, started opening their clubs to selected Germans in 1947, who were issued a pass after an extensive vetting process that at times included an intrusive physical examination. Rudeck reconstructs in detail the sociological profile of the German women who applied for a pass and the criteria used in determining who should be admitted. This allows her to refute one of the most persistent popular myths about the clubs, namely that these were fora within which poor German working-class women prostituted themselves in exchange for food, stockings, and cigarettes, lending the clubs a reputation of immorality. By contrast, the archival evidence shows that the Americans carefully selected the women who received passes so that they conformed to a specific contemporary ideal of moral propriety. These were generally highly educated women who had an independent income and belonged to the local bourgeoisie. The result was the emergence of friendly and romantic relationships between the occupiers and the occupied, often giving rise to forms of longer-term intercultural exchange.

By studying an admirable variety of sources drawn from more than twenty archives, Rudeck succeeds in painting a highly differentiated picture of the clubs that leaves few questions unresolved. At times, however, this exhaustive approach also comes at a price, producing repetitions and occasionally an oversupply of detail that distracts from the central analytical issues. Similarly, despite its intended comparative approach, the book still privileges sources on the US Zone and has far more to say about the American clubs than about those in the British and French zones, which remain somewhat opaque. Finally, this study could have examined the clubs in occupied Germany more emphatically as part of a transnational history of soldiers' clubs during the Second World War and in the immediate post-war period. This would have allowed for a discussion of whether the case of the Allied occupation of Germany, which is typically treated in isolation, can be placed within a broader history of foreign rule in Europe in the mid-twentieth century.

None of this, however, should distract from the evident qualities of this important book. Rudeck has written the definitive study on the Allied clubs in occupied Germany, demonstrating the malleability and dynamism inherent to the social interactions between the occupiers and the occupied. Her story shows that beyond the drama of high politics one essential feature of military occupation in the mid-twentieth century was the experience of idleness. The need to alleviate such boredom and limit its potential for conflict, however, led to highly variegated experiences of daily life under occupation, which this book has succeeded in capturing in all their ambiguity.

Zitierempfehlung

Camilo Erlichman, Rezension zu: Lena Rudeck, *Vergnügen in Besatzungszeiten. Begegnungen in westalliierten Offiziers- und Soldatenclubs in Deutschland, 1945–1955*, transcript, Bielefeld 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82032.pdf>> [24.10.2024].



BENEDIKT SEPP

Das Prinzip Bewegung.
Theorie, Praxis und Radikalisierung in der West-Berliner Linken 1961-1972
(Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 35)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
352 Seiten, gebunden | 42,00 €
ISBN 978-3-8353-5324-4

rezensiert von

MORITZ NEUFFER, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, Berlin

Angesichts der Fülle an existierender Literatur zur studentischen Bewegung und antiautoritären Revolte der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik ist es kein leichtes Unterfangen, noch neue Erkenntnisse oder originelle Darstellungen zu ›1968‹ vorzulegen. Dafür sorgen nicht nur Beiträge aus der sozial- und kulturgeschichtlichen Forschung, sondern ebenso die Memoiren der Beteiligten, die ihre jeweils eigenen Schlüsse aus den Erfahrungen einer Zeit ziehen, in der auf politische Ambitionen und Euphorie nicht selten Ernüchterung folgte. Der Wandel vom Aufbruch der Bewegung über ihre dramatischen Höhepunkte bis zu ihrem Auseinanderbrechen bildet auch den Spannungsbogen von Benedikt Sepps Studie zur Geschichte der West-Berliner Linken zwischen 1961 und 1972, die auf seiner 2021 in Konstanz verteidigten Dissertationsschrift beruht. Genauer eingrenzbar ist ihr thematischer Fokus dabei auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und die dort geführten Theoriediskussionen über die politische Praxis der Bewegung – also darauf, was die Bewegung im Selbstverständnis ihrer Protagonist:innen in Wort und Tat in Bewegung hielt oder halten sollte.

Der Zugang zur Geschichte der bundesrepublikanischen Linken über die Historisierung von theoretischem Denken ist in den vergangenen Jahren verstärkt in den Blick der Forschung gerückt und auch von Zeitzeug:innen reflektiert worden.¹ Sepps originärer Zugang besteht darin, seine Darstellung konsequent entlang einer leitenden Problemstellung aufzuziehen, die sich als Problem des Zusammenhangs von Theorie und Praxis beziehungsweise der Aufhebung ihres Gegensatzes benennen lässt. Aus der Prämisse, dass die Einheit dieser Pole Ideal und Movens der Bewegung war, geht die Leitthese des Buches hervor: dass die permanente Notwendigkeit, Theorie und Praxis aufeinander zu beziehen, zugleich mit einer Dynamik der Radikalisierung

¹ Vgl. aus der Forschungsliteratur *Morten Paul*, Suhrkamp Theorie. Eine Buchreihe im philosophischen Nachkrieg, Leipzig 2022; *David Bebnowski*, Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument« und »PROKLA« 1959–1976, Göttingen 2021; *Philipp Felsch*, Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte 1960–1990, München 2015; für die Memoirenliteratur vgl. *Helmut Lethen*, Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug. Erinnerungen, Berlin 2020.

einherging, die das Ende der Studentenbewegung und vor allem ihrer antiautoritären Phase beschleunigte.

Methodisch schlägt der Autor einen »praxeologischen« Zugang zu den Formen der Hervorbringung, der Kommunikation und der Bedeutungsaufladung von Theorie-Wissen im Umfeld des SDS vor.² Zeitlich setzt er in den Jahren 1960/61 mit dem Ausschluss des zu aufmüppig gewordenen Studierendenverbands aus der SPD ein. Auch wenn dadurch die Vorgeschichte des Theorie-Praxis-Problems in der seit 1946 existierenden Organisation ausgeblendet wird, ist dies insofern plausibel, als sich der SDS mit der erzwungenen Loslösung von der Mutterpartei ein neues Selbstverständnis zulegen musste, das nicht anders als in Form von Theoriedebatten gewonnen werden konnte. Dem Topos, dass »Theoriearbeit« selbst eine Form politischer Praxis sei, kam in diesen Debatten eine besondere, die eigene Aktivität legitimierende Bedeutung zu. Deshalb erhalten die Leser:innen im ersten von insgesamt acht Kapiteln des Buches Einblick in die intellektuellen Selbstentwürfe und die Organisationsstruktur des unabhängigen SDS, dessen Arbeitskreise der Theoriearbeit als einem »Ensemble von Praktiken« (S. 71) mit didaktischem und wissenschaftlichen Anspruch breiten Raum gaben. Dass Theorie für die Beteiligten damals auch abseits der Plena eine lebensweltliche Bedeutung erhielt, kann der Autor an privaten, deshalb aber nicht weniger von theoretischem Sprechen durchzogenen Korrespondenzen aus den Nachlässen von SDS-Mitgliedern wie Reimut Reiche und Heide Berndt kenntlich machen.

Die weiteren Kapitel des Buches widmen sich auf zugängliche Weise Lagerkonflikten und Fraktionsbildungen innerhalb der studentischen Bewegung entlang des Theorie-Praxis-Problems. Ausdifferenzierungen fanden bereits 1963 in der in München gegründeten avantgardistischen Subversiven Aktion um Frank Böckelmann und Dieter Kunzelmann statt, was deshalb wichtig ist, weil hier die Berliner Studenten Rudi Dutschke und Bernd Rabehl noch vor ihrer Zeit im SDS mitwirkten. Aufgrund ihres »zitatologischen« Interesses für die Klassiker des Marxismus handelten sich die Letztgenannten jedoch nicht nur den Vorwurf ein, »fantasielose[r] Orthodoxie« zu frönen (S. 85), sondern auch, praxisferne Theoretiker zu sein – was in den Folgejahren im Streit unterschiedlicher Fraktionen zu einem ebenso vielseitig einsetzbaren Topos wurde wie der entgegengesetzte Vorwurf, die jeweils andere Seite würde blinde Praxis ohne theoretische Reflexion betreiben.

Die Entscheidung für den praxeologischen Ansatz impliziert bei Sepp eine Entscheidung gegen einen allzu detaillierten inhaltlichen Nachvollzug der jeweils relevanten Theorien. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Autor ohne Weiteres der retrospektiven Auffassung mancher Akteur:innen Recht gäbe, dass die mit so viel Elan gelesenen Texte letztlich austauschbar gewesen seien.³ Vielmehr gelingt es ihm an entscheidenden Stellen, die Bedeutung theoretischer Richtungsentscheidungen wie der Bezugnahme auf antiimperialistische Ansätze oder den kritischen Marxismus der Zwischenkriegszeit aufzuzeigen. Mitunter hätte es sich dabei angeboten, die Theorie-Praxis-Diskussionen des SDS expliziter auf die lange Tradition eben solcher Debattenstränge in der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung zu beziehen – und damit möglicherweise auch eine stärkere wechselseitige Erhellung von praxeologischer und ideengeschichtlicher Sichtweise zu ermöglichen.

Die bereits im Titel als Fluchtlinie des Buches angezeigte Radikalisierungslogik wird vom Autor auch als zentraler Faktor für das Ende der antiautoritären Bewegung beschrieben. Dieses Ende ist in der Forschungsliteratur auf verschiedene Ereignisse wie das Attentat auf Dutschke im April oder die »Schlacht am Tegeler Weg« im November 1968 datiert worden. Bei Sepp ist es eine aus dem Ruder gelaufene Diskussionsveranstaltung mit Herbert Marcuse an der FU Berlin im Mai desselben Jahres, die die Frustration über das Ausbleiben politischer Wirksamkeit szenisch offenbarte: Dass Marcuse keine Angebote für eine konkrete politische Praxis bot, habe zu einer

² Der praxeologische Zugang wurde in die Bewegungshistoriografie prominent von Sven Reichardt eingeführt, der auch die vorliegende Dissertation betreut hat; vgl. *Sven Reichardt, Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung*, in: *Sozial. Geschichte* 22 (2007) 3, S. 43-65.

³ Vgl. *Helmut Lethen*, *Suche nach dem Handorakel*. Ein Bericht, Göttingen 2012, S. 104.

»sich in hektischer Betriebsamkeit entladende[n] Ratlosigkeit der Masse der Studierenden« (S. 184) geführt, die indirekt auch das Ende des SDS als theoretische Autorität anzeigte.

Hinsichtlich der Radikalisierungstendenzen deutet der Autor eine Linie an, die von der Enttäuschung über das Stocken der Bewegung letztlich auch in den Terrorismus führte, wobei diese Andeutung kaum ausgeführt wird. Dafür geht Sepp genauer auf die vielgescholtenen sogenannten K-Gruppen ein, die in seinem Buch nicht besser wegkommen als in vielen anderen Auseinandersetzungen mit den Enden von ›1968‹. Das das gesamte Buch durchziehende Theorie-Praxis-Problem wird in der Konkurrenz von ML-Gruppen, der KPD-AO und der »Projektgruppe Elektroindustrie – Proletarische Linke/Parteiinitiative« erneut in Form wechselseitiger Vorwürfe von vermeintlich praxisfernen Theoretiker:innen und theorielosen Praktiker:innen manifest. Sepp gelingt es indes, nicht nur eine Verfallsgeschichte zu erzählen, sondern auch das »Angebot« (S. 274) zu erfassen, das die auf die antiautoritäre Bewegung teils folgenden autoritären Gruppen ihren Mitgliedern machten. Überzeugend herausgearbeitet ist etwa, dass die Aktivität in einer kaderförmigen, streng regelgeleiteten Parteaufbauorganisation eine »Entlastung des Individuums« durch strukturierte Anleitung bedeuten konnte (S. 283).

So lässt sich aus Sepps Studie viel über das erfahren, was mit Ron Eyerman und Andrew Jamison als »kognitive« Geschichte der antiautoritären Bewegung bezeichnet werden kann: nämlich eine Geschichte entlang ihrer eigenen Begriffe von Theorie und Praxis, die für ihr politisches Selbstverständnis wie für ihre Verlaufsgeschichte gewichtige Faktoren sind.⁴ Aus einem solchen immanenten Zugriff ergibt sich dabei fast zwangsläufig, dass die Bewegung in gewisser Weise für sich isoliert erscheint und sozial- wie kulturgeschichtliche Kontexte, die ihren Aufstieg und ihr Ende mitprägten, weniger im Fokus stehen. Mit den K-Gruppen konzentriert sich der Autor am Ende seiner Untersuchung zudem zwar auf wichtige Sammelbecken der Bewegung nach 1968, hätte aber durchaus auch andere Wege aus dem SDS in den Blick nehmen können. Dazu gehört insbesondere die Frauenbewegung, die spätestens 1968 mit der Gründung des »Aktionsrates zur Befreiung der Frauen« eigene, feministische Antworten auf das Theorie-Praxis-Problem gab. Deren eingehendere Thematisierung könnte womöglich ein Gegenbild zu der maskulinen »Verhärtung« (S. 194) in den K-Gruppen anbieten.

Was die Quellen der Studie betrifft, ist positiv hervorzuheben, dass Sepp nicht nur Schriftdokumente und Zeitzeugeninterviews, sondern etwa auch Tonbandaufnahmen zeitgenössischer Diskussionsveranstaltungen auswertet. Ebenso gelingt es ihm, durch die Auswertung von Sitzungsprotokollen stimmungsvolle Einblicke in Abläufe und Dynamiken zu geben. Doch Sepps Studie sticht nicht nur durch die Vielfalt und Multimedialität der zeitgenössischen Dokumente heraus, sondern auch durch die Einbeziehung umfangreicher Erinnerungsliteratur. An einigen Stellen wäre es dabei hilfreich gewesen, das autobiografische Material stärker hinsichtlich der Kontexte und Motivlagen zu problematisieren, aus denen heraus die Zeitzeug:innen ihre Erfahrungen erzählend verarbeitet haben. Dennoch ist es Sepp anzurechnen, dass er eine Studie vorgelegt hat, die es – gut recherchiert, klar argumentierend und zudem sehr lesbar – erlaubt, in Absetzung von den mannigfachen Ausdeutungen und erzählerischen Überformungen, die *seit* ›1968‹ den Blick *auf* ›1968‹ bestimmt haben, durch die Konzentration auf das intellektuelle und politische Selbstverständnis der Bewegung wesentliche Bedingungen der Selbstkonstitution der antiautoritären Revolte *in actu* nachzuvollziehen.

Zitierempfehlung

Moritz Neuffer, Rezension zu: Benedikt Sepp, Das Prinzip Bewegung. Theorie, Praxis und Radikalisierung in der West-Berliner Linken 1961–1972, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82031.pdf>> [24.10.2024].

⁴ Ron Eyerman/Andrew Jamison, Social Movements. A Cognitive Approach, Pennsylvania State University Park 1991.



MELANIE WAGER

»Der Stürmer« und seine Leser.

Ein analoges antisemitisches Netzwerk. Zur Geschichte und Propagandawirkung eines nationalsozialistischen Massenmediums

Metropol Verlag | Berlin 2023
537 Seiten, gebunden | 36,00 €
ISBN 978-3-86331-711-9

rezensiert von

DANIEL MÜHLENFELD, Mülheim an der Ruhr

Bei der vorliegenden Schrift handelt es sich um die überarbeitete und gekürzte Fassung einer 2020 an der Universität Erlangen-Nürnberg erfolgreich verteidigten Dissertation. Darin nähert sich Melanie Wager einem bekannten und historiografisch bereits intensiv bearbeiteten Thema¹ aus einer dezidiert neuen Perspektive, indem sie nach der Medienwirkung der antisemitischen NS-Wochenzeitung »Der Stürmer« fragt.

Das Ergebnis dieses Unterfangens – so viel sei vorausgeschickt – fällt ambivalent aus, was aber nicht zwingend der Autorin anzulasten ist. Denn diese zeigt sich der Problematik einer retrospektiven, historischen Medienwirkungsforschung von Anfang an bewusst. Im Hinblick auf die Leseerwartung ist es insofern eine unglückliche Entscheidung, dass der Arbeit im Unterschied zum Titel der eingereichten Fassung der Dissertation eine dritte Titelzeile hinzugefügt wurde, die explizit auf eine Untersuchung der »Propagandawirkung« der Zeitung abstellt. Der ursprüngliche Titel der Dissertation war dem Inhalt der Arbeit weit besser gerecht geworden: »Der Stürmer und seine Leser – Ein analoges (a-)soziales Netzwerk«. Denn tatsächlich behandelt Wagers Arbeit nicht die Medienwirkung des »Stürmer« als solche, sondern analysiert die spezifische Beziehung von Medium und Leserschaft, wobei insbesondere die mediale »Selbstermächtigung der Leserschaft« (S. 232) Beachtung findet.

Diesem eigentlichen thematischen Zuschnitt folgend, ist Wagers Buch in zwei thematische Abschnitte gegliedert, die zum einen das Medium »Der Stürmer« und zum anderen die Interaktion von Medium und Leserschaft in den Blick nehmen. Die Autorin arbeitet zunächst überzeugend die Entwicklung des typischen »Stürmer«-Stils als einer Text-Bild-Sprache heraus, die man wohl am treffendsten als antisemitisch-pornografischen Boulevard bezeichnen kann. Dabei geht Wager sowohl auf Text und Gestaltung als auch auf die Genese der retrospektiv stilbildenden Karikaturen

¹ Vgl. Kristina Becker, Die Mentalität der Tätergesellschaft. Argumentation und Antisemitismus in der NS-Zeitung »Der Stürmer«, Würzburg 2021; Daniel Roos, Julius Streicher und »Der Stürmer« 1923–1945, Paderborn 2014; Fred Hahn: Lieber Stürmer! Leserbriefes an das NS-Kampfblatt 1924 bis 1945, Stuttgart 1978.

ein. Ähnlich instruktiv sind die Ausführungen zu den Vertriebswegen der Zeitung, die teilweise unverhohlen erpresserisch auftrat, um Absatz und Auflage in die Höhe zu treiben. Auch die Erweiterung der publizistischen Angebotspalette in Form von Büchern, die »Stürmer«-Motive und -Stil aufnahmen und etwa gezielt Kinder adressierten, zeichnet die Autorin nach und macht damit deutlich, wie mit und um den »Stürmer« ein selbstreferenzieller Medienverbund entstand, der die Rezeptionserwartungen seiner Leserschaft nicht allein deshalb erfüllte, weil er auf bestehende Vorurteilsstrukturen aufsetzen konnte, sondern auch weil »Der Stürmer« wesentlich von seiner Leserschaft mitgestaltet wurde.

So lebte »Der Stürmer« insbesondere während der Jahre der NS-Herrschaft in hohem Maße von der aktiven Einbringung seiner Leserschaft, die das notorische Hetzblatt nicht zuletzt als Instrument zur sozialen Stigmatisierung von sich vermeintlich oder tatsächlich nonkonform verhaltenden Zeitgenossen nutzte. Ganz im Sinne des ursprünglichen Titels der Arbeit, der ja den »Stürmer« als ein »analoges (a-)soziales Netzwerk« charakterisiert hatte, spricht die Autorin hier von den Leserinnen und Lesern der Zeitung als »Content Providern«. So wurden etwa eingesendete Fotografien von Menschen, die trotz anders lautender Verhaltensaufforderungen in verfeimten jüdischen Geschäften einkauften, nicht nur zur Sanktionierung des Fehlverhaltens selbst genutzt, sondern die teils sich daraus ergebenden schriftlichen Auseinandersetzungen zwischen Redaktion und inkriminierten Personen sorgten zugleich für eine Verfestigung des antisemitischen Wertekanons. Denn die kommunikative Aushandlung dieser Konflikte musste sich gezwungenermaßen auf beiden Seiten semantisch und argumentativ antisemitischer Sprachmuster bedienen, wenn sich die sich zur Wehr setzenden Personen nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, aus grundlegenden politischen Beweggründen zu opponieren.

Dass mit einem solchen Framing jeglicher Kritik als Ausdruck grundsätzlicher Opposition zum NS-Regime nicht zu spaßen war, zeigen die Fälle von Kooperation zwischen dem »Stürmer« und offiziellen Sicherheitsorganen des NS-Staats, die das nichtamtliche Medium wiederholt mit Material aus polizeilichen Ermittlungen insbesondere zu Fällen sogenannter Rassenschand-Delikte versorgten. Eine weitere Dimension der aktiven Einbringung der Leserschaft war der durchweg aus lokalen Eigeninitiativen erwachsende Trend, sogenannte »Stürmer«-Kästen aufzustellen, in denen – je nach Größe – einzelne Inhalte oder die gesamte aktuelle Ausgabe der Zeitung öffentlich ausgestellt wurden. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre berichtete das Blatt ausführlich und teils mit entsprechenden Fotografien über neu aufgestellte »Stürmer«-Kästen und deren jeweilige Stifter. Eindrücklich kann die Autorin anhand dieser beiden Interaktionsfelder zeigen, dass die Leserschaft des »Stürmer« und die Zeitung sich wechselseitig in ihrem antisemitischen Weltbild bestätigten. Dies ging so weit, dass die stilbildenden Karikaturen auf der Titelseite des Blatts ihrer eigentlichen medientheoretischen Funktion einer überzeichneten bildhaften Zuspitzung entkleidet und stattdessen von Machern wie Lesern der Zeitung nicht selten für reale Abbilder jüdischen Lebens genommen wurden.

Insofern vermag die Arbeit dort, wo sie sich konkret der Frage der Beziehung von Medium und Leserschaft widmet, durchaus zu überzeugen. Quellengrundlage dafür sind die zahlreichen Zuschriften, die den »Stürmer« aus der Leserschaft erreichten. Weniger überzeugend argumentiert das Buch dort, wo es – tatsächlich auch eher fragmentarisch – um Fragen einer allgemeinen Medienwirkung geht. Dafür, so die Autorin, fehle es an einschlägigen Quellen, etwa im Deutschen Tagebucharchiv (S. 297). Dem wäre entgegenzuhalten, dass die Frage, inwieweit die Inhalte des »Stürmer« eine propagandistische Wirkung entfaltet haben, nicht notwendigerweise voraussetzt, dass etwa Tagebuchschrreiber explizit auf den »Stürmer« rekurrieren. Vielmehr wäre im Rahmen einer seriellen Betrachtung zu fragen gewesen, welche antisemitischen Motive und Narrative sich in Tagebüchern niedergeschlagen haben – und ob das Auftauchen dieser Inhalte in einem zeitlichen Zusammenhang mit einer Behandlung im »Stürmer« gebracht werden kann. Der äußerst knappe Rekurs anhand der edierten Tagebücher von Victor Klemperer, Joseph Goebbels und Hertha Nathorff beschreibt hingegen weniger die Medienwirkung des »Stürmer«, sondern eher die alltäglichen sozialen Auswirkungen der unstreitig ebenfalls wichtigen Prangerfunktion der Zeitung.

Auch die Ausführungen zum Urteil gegen den »Stürmer«-Herausgeber Julius Streicher im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess argumentieren eher konventionell: Das Urteil sei von der Existenz einer Propagandawirkung des »Stürmer« als Wegbereiter des Holocaust ausgegangen; letztlich sei es aber irrelevant, ob es eine entsprechende Medienwirkung gegeben habe, denn entscheidend sei vielmehr, dass es die erklärte Absicht Streichers und des »Stürmer« gewesen sei, eine entsprechende weltanschauliche Beihilfe zum Völkermord zu leisten (S. 79 u. S. 324). Dass die Verfasserin aus der reichhaltigen Literatur zum Nürnberger Prozess dann ausgerechnet und recht exklusiv die teils unverhohlenen revisionistische Studie von Werner Maser – noch dazu in der Neuausgabe des rechtsextremen Verlags Antaios – bemüht, ist ein weiterer Kritikpunkt (S. 317).² Ähnliches gilt für die Ausführungen zum Charakter der Presse als Leitmedium im Nationalsozialismus (S. 350), denen zwar im Grundsatz zuzustimmen ist, wo aber der fehlende Verweis auf einen einschlägigen Aufsatz von Karl Christian Führer auffällt.³

Überzeugen kann die Arbeit hingegen zum Ende wieder dort, wo der diachrone Vergleich der Interaktionsmuster von Medium und Leserschaft mit der Wirkungsweise gegenwärtiger, digitaler sozialer Netzwerke eingelöst wird. Damit wird jedoch einmal mehr das Dilemma der veränderten Betitelung deutlich: Weil Titel und Inhalt in der publizierten Form eher diskrepant daherkommen, vermag die an sich durchaus lesenswerte und überzeugende Arbeit die geweckten inhaltlichen Erwartungen nicht vollumfänglich zu erfüllen. Das ist bedauerlich, weil es den Gesamteindruck der Arbeit unnötig schmälert.

Zitierempfehlung

Daniel Mühlenfeld, Rezension zu: Melanie Wager, »Der Stürmer« und seine Leser. Ein analoges antisemitisches Netzwerk. Zur Geschichte und Propagandawirkung eines nationalsozialistischen Massenmediums, Metropol Verlag, Berlin 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82030.pdf>> [24.10.2024].

² Werner Maser, Nürnberg. Tribunal der Sieger, Schnellroda 2021 (zuerst 1977).

³ Karl Christian Führer, Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft, in: ZfG 55, 2007, S. 411-434.



BERND BRAUN/DIRK SCHUMANN (HRSG.)

Eine europäische »Generation Ebert«?
Politische Sozialisation und sozialdemokratische Politik
der »1870er«
(Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-
Ebert-Gedenkstätte, Bd. 20)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
367 Seiten, gebunden | 50,00 €
ISBN 978-3-525-30235-4

rezensiert von

JÜRGEN SCHMIDT, Karl-Marx-Haus, Trier

Das Buch über die »Generation Golf« von Florian Illies wurde im Jahr 2000 ein Bestseller. Das Buch über die »Generation Ebert« wird sich vermutlich kaum auf den Bestsellerlisten wiederfinden. Das liegt keineswegs an der Qualität, sondern an den völlig unterschiedlichen Formaten. Illies' Buch war ein unterhaltsam geschriebenes Sachbuch, das spielerisch mit dem Generationenbegriff umging und den Jahrgängen, die in den 1980er-Jahren ihre Jugend verlebten, einen ironisch-kritischen Spiegel vorhielt. Das von Bernd Braun und Dirk Schumann herausgegebene Buch mit der Frage nach einer europäischen »Generation Ebert« macht sich hingegen daran, den Begriff der Generation analytisch nutzbar zu machen, um neue Perspektiven auf die Politik der in den 1870er-Jahren geborenen Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen zu erhalten.

Zentraler Referenzpunkt ist dabei der Soziologe Karl Mannheim, der 1928 mit seinem Aufsatz »Das Problem der Generationen« das entsprechende Rüstzeug bereitstellte.¹ Mannheim unterschied zwischen Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheiten. Die Generationslagerung ist mehr oder weniger dem Zufall geschuldet, innerhalb eines gleichen historischen Abschnitts – nach Mannheims Worten »im selben historisch-sozialen Raume« – geboren zu sein. Der Generationszusammenhang war bereits spezifischer und setzte eine »Partizipation an gemeinsamen Schicksalen« (Mannheim) voraus. Eine Generationseinheit schließlich ist eine »gesellschaftlich wahrnehmbare Akteursgruppe grundsätzlich politischen Charakters« (Braun/Schumann, S. 10).

Während Braun und Schumann in ihrer Einleitung diesen Begriffsrahmen erläutern, misst Stefan Berger im folgenden Beitrag das Generationenkonzept an den europäischen Arbeiterbewegungen. Dabei kommen viele kritische und hinterfragende Punkte zum Vorschein. Ein prägendes (traumatisches) Erlebnis wie der Erste Weltkrieg erfasste keineswegs nur eine

¹ Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7, 1928, S. 157–185 und 309–330.

einzelne Generation. Das Generationenkonzept auch noch europäisch zu erweitern und nach einer europäischen Generation der Arbeiterführer à la Ebert zu suchen, mache das Vorhaben noch schwieriger. Verfolgung zum Beispiel habe die Sozialdemokratie in vielen Ländern erlitten, aber das sei national sehr unterschiedlich verlaufen und habe verschiedene Generationen ganz unterschiedlich geprägt. Berger kritisiert darüber hinaus den männlichen Charakter des Generationenkonzepts. Trotz dieser kritischen Sichtweise sieht Berger zwar auch europäisch verbindend wirkende Kontexte: den »Aufstieg einer Moderne mit ihrem technisch-naturwissenschaftlichen Fortschrittsparadigma« (S. 47), den Einschnitt des Ersten Weltkriegs, die Russische Revolution, den in weiten Teilen Europas zu beobachtenden Aufstieg der Arbeiterbewegungen, zählt Berger hierzu. Hier waren durchaus Chancen für einen Generationszusammenhang sozialistisch-sozialdemokratischer Führungspersonen gegeben. Doch dürfe ein solches Generationenbild, eine solche Generationeninterpretation nie statisch ausgerichtet sein. Wenn überhaupt, könne das Konzept nur durch »eine stärkere Pluriperspektivität auf Generationen in Verbindung mit einer Vielzahl von anderen Konzepten« (S. 49) überzeugen.

Zumindest was die nationalen Varianten betrifft, die der Sammelband anbietet, kann man in der Tat von einer Pluriperspektivität sprechen. Nicht nur die mittel- und westeuropäischen Länder werden herangezogen. Auch Südeuropa wird mit Länderstudien über Spanien, Italien und Griechenland beleuchtet. Osteuropa ist mit einer »russländischen Alterskohorte« (Felicitas Fischer von Weikersthal, S. 257) Eberts vertreten. Die Analyse von Armeniens sozialistischer politischer Elite öffnet den Blick in Räume, die sonst eher selten im Fokus der Forschung stehen. Es ist überhaupt ein generelles Verdienst dieses Sammelbandes, dass die einzelnen Beiträge wichtige Informationen über die Entwicklung der Arbeiterbewegungen, ihr Führungspersonal, ihre ideologische Verortung und ihren Richtungswandel in ganz unterschiedlichen Ländern aus generationsspezifischer Perspektive zur Verfügung stellen.

Die Herangehensweise ist dabei in den einzelnen Beiträgen äußerst variabel. Sie reicht von eher einzelbiografischen Ansätzen wie im Beitrag von Jan Willem Stutje über Hendrik de Man als »Vordenker der ersten Generation des europäischen Sozialismus« (S. 173) bis hin zu einer kollektivbiografischen Analyse niederländischer Sozialisten bei Ad Knotter. Dank einer sehr guten Quellenbasis kann Knotter neben Führungsgruppen auch auf die Basis und ihre generationelle Lagerung blicken und so Unterschiede herausarbeiten. Als problematisch erwies sich in den Niederlanden etwa, dass sich das Machtgefüge zwischen Parteiführung und Basis mit generationellen Konflikten von »alten«, erfahrenen Traditionalisten und »jungen« »radikalen oppositionellen Gruppierungen des linken Flügels« (S. 170) überlagerte. Ähnlich fasst Thomas Kroll die generationellen Spannungslinien innerhalb der Zweiten Internationale zusammen. Er sieht für die Auseinandersetzungen mit den »Radikalen« wie zum Beispiel Rosa Luxemburg »durchaus den Charakter eines Generationenkonflikts« (S. 346). Inhaltlich aus dem Rahmen fällt ein Beitrag über deutsche und italienische Bischöfe, die in die Geburtskohorte Friedrich Eberts fallen. Antisozialismus war für diese Bischöfe »ein ausgeprägter Zug als für jene der früheren Generationen«, konstatiert Francesco Tacchi (S. 237).

Dem überall hervortretenden männlichen Bias der Forschungsergebnisse des Bandes – wie auch des ursprünglichen Konzepts bei Mannheim – nimmt Felicitas Fischer von Weikersthal ein wenig von seiner Schärfe, da sie auf Grundlage von autobiografischen Texten von vier russischen Revolutionärinnen auch Frauen in den Blick nimmt. Fischer von Weikersthal kommt zu dem Ergebnis, dass diese Frauen und viele ihrer männlichen Genossen, die von ihrem Alter her der Generation Ebert zugerechnet werden können, viel eher über Charaktereigenschaften der »Generation Bebel« – Verzicht, Biederkeit, Aufopferung – verfügten.

Sehr viele Beiträger*innen konstatieren, dass in ihrer jeweiligen nationalen Forschungsliteratur der Begriff der Generation als Analyseinstrument keine Rolle spielt. Wenn überhaupt tauche er metaphorisch auf. Till Kössler kann für Spanien zeigen, dass zwar manche Autoren zur Charakterisierung der Arbeiterbewegung durchaus Generationen unterschieden. Jedoch sei das es in diesem Fall eher ein Argumentationsmuster, um jene »mittlere Generation«, die in Spanien am ehesten der Generation Eberts entsprach, zu diskreditieren. Diesem Narrativ zufolge hatte sich nach der heroischen Gründergeneration die mittlere Generation von der Arbeiterklasse entfernt

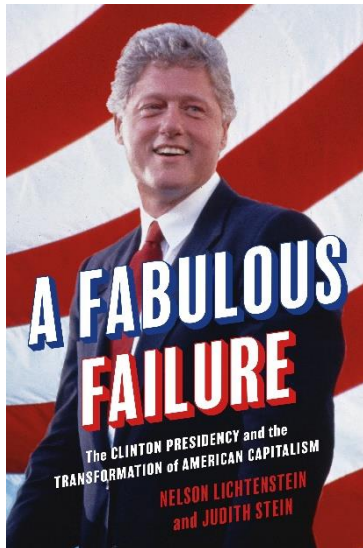
und bei den Bürgerlich-Liberalen angebediert. Erst die dritte Generation, geprägt durch die russischen Revolutionen, hatte aus dieser Sicht wieder an die Ursprünge angeknüpft und »an einer sozialistischen Umgestaltung Spaniens« gearbeitet (S. 239).

Im Gesamtbild wirkt der Versuch, eine »europäische ›Generation Ebert« herauszupräparieren, eher konstruiert. Die Herausgeber selbst kommen bereits in ihrer Einleitung zu dem Ergebnis, dass es »in einem pauschalisierenden, länderübergreifenden Sinn« eine solche Generation nicht gab (S. 25). Auch der Versuch der Herausgeber für jene Länder, »in denen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Gewerkschafts- und Parteiform zumindest legal agieren durfte«, eine gemeinsame generationelle Erfahrung der »1870er« zu beschreiben, kann nicht voll überzeugen. »[A]nders als ihre Vorgänger« machten die »1870er« zwar nicht »die Erfahrung kriegerischer und revolutionärer Gewalt in jüngeren Jahren« (S. 25). Dafür machten sie diese Erfahrung aber im reiferen Alter mit dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution, und diese Erfahrung verband sie gewissermaßen mit der ihnen nachfolgenden Generation. Selbst der ›Zufall‹ gemeinsamer Alterskohorten trägt nicht weiter, da in vielen Beiträgen des Bandes der Bezugspunkt in Form von Eberts Geburtsjahr 1871 teils bis in die 1850er- oder die 1880er-Jahre hinein geweitet wird, um überhaupt zu einer gemeinsamen Generationslagerung zu kommen.

Diese Unschärfe wird auch in der generellen Kritik an dem Generationenmodell von Karl Mannheim moniert. Durchaus ähnlich einem pauschalisierend verwendeten Klassenbegriff ist der Generationenansatz zu statisch, abstrahiert viel zu stark von Lebenswirklichkeiten, stellt einen Argumentationszusammenhang in den Vordergrund, während andere intervenierende Faktoren unberücksichtigt bleiben oder an den Rand gedrängt werden. Dass sich innerhalb einer Generation durch gemeinsame Erfahrungen und Alterszugehörigkeit Netzwerke, Freundschaften und Beziehungen leichter ausbilden können als zwischen divergierenden »Generationslagerungen«, steht außer Frage. Aber dies war eben nur ein Aspekt, der durch vielfältige weitere Faktoren – persönliche, kulturelle, gesellschaftliche und politische – ergänzt werden muss, um zu erfassen, wie diese Netzwerke überhaupt erst zum Tragen kommen konnten.

Zitierempfehlung

Jürgen Schmidt, Rezension zu: Bernd Braun/Dirk Schumann (Hrsg.), Eine europäische »Generation Ebert«? Politische Sozialisation und sozialdemokratische Politik der »1870er«, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82029.pdf>> [23.10.2024].



NELSON LICHTENSTEIN/JUDITH STEIN

A Fabulous Failure.
The Clinton Presidency and the Transformation of
American Capitalism
(Politics and Society in Modern America)

Princeton University Press | Princeton 2023
544 Seiten, Hardcover | \$ 39,95
ISBN 9780691245508

rezensiert von

NIKOLAS DÖRR, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen

Der Titel verrät es bereits: »A Fabulous Failure« ist ein politisches Buch. Noch deutlicher macht es der Klappentext, der beinahe vorwurfsvoll mit »How the Clinton administration betrayed its progressive principles and capitulated to the right« überschrieben ist. Judith Stein, Historikerin an der City University of New York, begann die Vorbereitungen an dem Buch in Reaktion auf Donald Trumps Wahlsieg gegen die ehemalige First Lady Hillary Clinton im November 2016, verstarb allerdings im Mai 2017. Mit Nelson Lichtenstein von der University of California, Santa Barbara, führte ein renommierter Historiker mit Schwerpunkt Labor History das Projekt zu Ende.

Die Clinton-Ära von 1993 bis 2001 wird gemeinhin positiv assoziiert, wenn es um Wirtschaftskraft, Staatsfinanzen und Arbeitsmarkt geht. Kritisch betrachtet wird zumeist die moralpolitische Komponente von Bill Clintons Amtszeit, die sich im Kern um die sexuelle Affäre des Präsidenten mit der Praktikantin Monica Lewinsky, seiner anschließenden Lüge gegenüber der US-amerikanischen Öffentlichkeit und Justiz (»I did not have sexual relations with that woman«) und dem daraus resultierenden, gescheiterten Impeachment-Verfahren dreht. Lichtenstein und Stein vertreten jedoch eine andere Meinung. Aus linker Perspektive argumentieren sie, dass Clintons neoliberale Agenda massive Probleme verursacht habe, die größtenteils erst nach dem Ende seiner Amtszeit zutage getreten seien. In der zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Forschung über die Person Clinton, seine Politik und seine Präsidentschaft stellt das Werk daher einen neuen Ansatz dar.¹

Das Buch besteht aus vier großen Abschnitten. Langatmig erscheint der erste Teil, der minutiös Clintons Wandel von einem eher linken, von der 68er-Bewegung und auch der westeuropäischen Sozialdemokratie beeinflussten Jungpolitiker der Demokraten hin zum Gouverneur von Arkansas und schließlich zum 42. US-Präsidenten nachzeichnet. Dieser Teil seiner Biografie wurde bereits mehrfach thematisiert. Lichtenstein und Stein konzedieren, dass Clinton seine Amtszeit 1993

¹ Vgl. für eine Kritik der Außen- und Sicherheitspolitik Clintons zuletzt *Jeremy Kuzmarov*, Warmonger. How Clinton's Malign Foreign Policy Launched the US Trajectory from Bush II to Biden, Atlanta 2023.

ursprünglich mit einer linksliberalen Agenda startete, dann aber nach den für die Demokraten katastrophalen *Midterm elections* 1994 einen Wandel hin zum Neoliberalismus inklusive Sozialstaatsabbau und verschärfter Kriminalitätsbekämpfung vollzog. Verwirrend ist, dass häufig nicht Clinton selbst, sondern bestimmte Mitglieder seiner Regierung und Berater, so zum Beispiel Robert Rubin, Larry Summers und Al Gore, und nicht zuletzt die Republikanische Partei als die Verantwortlichen für den (in den Augen der Autor*innen) neoliberalen Kurswechsel identifiziert werden. Vor allem die Republikaner hätten mit ihrer Mehrheit im US-Kongress, aber auch mit ihrer außerparlamentarischen Vetomacht, ab 1994 zahlreiche progressive Ansätze verhindert.

Kaum haltbar ist die Annahme von Lichtenstein und Stein, dass Clinton mit einem prononcierteren Linkskurs größere Mehrheiten gewonnen und die Demokratische Partei auch die Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat erfolgreich bestritten hätte. Die Autor*innen übersehen, dass Clinton als Demokrat seinerzeit die Ausnahme und nicht die Regel im höchsten Staatsamt der USA darstellte: Zwischen 1969 und 2008 wurden mit Clinton und Jimmy Carter nur zwei demokratische Präsidenten gewählt, die insgesamt zwölf Jahre regierten, während mit Richard Nixon, Gerald Ford, Ronald Reagan, George H. W. Bush und George W. Bush mehr als doppelt so lange republikanische, teils rechtskonservative Präsidenten an der Macht waren. Eine Mehrheit für eine progressivere Ausrichtung Clintons erscheint daher unrealistisch, was sich auch daran zeigt, dass Vorhaben wie die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung scheiterten und die Verschärfung der Waffengesetze sowie die teilweise Liberalisierung des Umgangs mit Homosexualität im Militär (»Don't Ask, Don't Tell«) als mitverantwortlich für die krachende Niederlage der Demokraten in den *Midterm Elections* von 1994 (»Republican Revolution«) gelten. Die meisten Wissenschaftler*innen sind vielmehr der Meinung, dass Clintons Agenda zu Beginn seiner Amtszeit zu links gewesen sei, als dass sie langfristig politische Mehrheiten hätte sichern können.² Clintons politischer Wandel hin zum Zentrismus wird daher überwiegend als notwendige Voraussetzung für seine Wiederwahl als Präsident im November 1996 angesehen. Auch lag der äußerst knappe Wahlsieg des neokonservativen Republikaners George W. Bush gegen Clintons Vizepräsidenten Al Gore bei den Präsidentschaftswahlen 2000 weniger an der wirtschaftsfreundlichen Politik der demokratischen Regierung, sondern vielmehr an der eingangs erwähnten, medial breit rezipierten und für Teile der US-Gesellschaft äußerst wichtigen moralpolitischen Bedeutung der Lewinsky-Affäre sowie einem geringen, aber im Hinblick auf den knappen Wahlausgang entscheidenden Abfluss linker Wählerstimmen an den grünen Kandidaten Ralph Nader.³

Für die Bundesrepublik Deutschland geht die zeithistorische Forschung inzwischen davon aus, dass die Mitte-Rechts-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl die neoliberale Wende eher zaghaft einleitete und den Sozialstaat, trotz Kürzungen, nicht grundlegend umgestaltete.⁴ Es war vielmehr die folgende Mitte-Links-Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die ab 1998 diesen sozial-, wirtschafts-, finanz- und auch gesundheitspolitischen Wandel forcierte. Auch wenn die konservative Reagan-Administration in den Vereinigten Staaten und die Thatcher-Regierung in Großbritannien deutlich weiter gegangen waren als die christlich-liberale Koalition unter Kohl, intensivierten auch dort die Demokraten unter Clintons Führung bzw. die Labour Party mit Premierminister Tony Blair in der Regierung den vermeintlich neoliberalen Kurs. Der US-Präsident wirkte dabei international als Vorbild im Rahmen des »Dritten Weges«, der von zahlreichen sozialdemokratischen Parteien in den 1990er- und 2000er-Jahren aufgegriffen wurde. Diese Wirkung Clintons über die Landesgrenzen der USA hinaus kommt in dem Buch von Lichtenstein und Stein, das weitgehend auf die Innenpolitik und bilaterale Handelsbeziehungen konzentriert bleibt, zu kurz. Inwieweit die von den US-Demokraten (»New Democrats«)

² Vgl. Bruce F. Nesmith/Paul J. Quirk, *Triangulation. Position and Leadership in Clinton's Domestic Policy*, in: Michael Nelson/Barbara A. Perry/Russell L. Riley (Hrsg.), 42. *Inside the Presidency of Bill Clinton*, Ithaca/London 2016, S. 46-76.

³ Vgl. James Mann, *George W. Bush. The 43rd President, 2001-2009*, New York 2015, S. 35 ff.

⁴ Vgl. Peter Beule, *Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren*, Düsseldorf 2019.

ausgehende und von Clinton massiv vorangetriebene Initiative des »Dritten Weges« ebenfalls »A Fabulous Failure« oder aber einen Erfolg darstellte, bleibt offen.

Stein und Lichtenstein zeigen auf, dass die Freihandelsabkommen der Clinton-Regierung zu einem Abbau von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte geführt haben. Mittelfristig entfernten sich diese Wählerinnen und Wähler von der Demokratischen Partei, die in der Arbeiterschaft und unteren Mittelschicht seit Roosevelts »New Deal« ihr Kernklientel gehabt hatte. Trumps Slogan »Make American great again« knüpft exakt an diese Enttäuschung über die Abwanderung von Arbeitsplätzen vor allem nach Asien und nach Lateinamerika an. Besonders das Zustandekommen der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) sehen die Autor*innen als Beleg einer neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig zeigen sie keine überzeugende Alternative auf. Auch werden politische Reformen Clintons, die einer klassisch linken Politik zuzuordnen sind, so beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns 1996/97, von den Autor*innen unterbewertet.

Gelungen ist den Autor*innen die Beschreibung des Zeitgeists der 1990er-Jahre, wenn sie die Hoffnung Clintons beschreiben, dass sich mit Freihandel auch politische Freiheit durchsetzen würde. So setzte die Clinton-Regierung mit der Zustimmung zum Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) nicht nur auf eine ökonomische, sondern auch auf eine mittelfristige politische Liberalisierung der kommunistischen Diktatur. Ähnliche Erwartungen an das Russland Boris Jelzins zerschlugen sich bekanntlich ebenso und erscheinen im Rückblick als naiv. Zurecht fokussieren Lichtenstein und Stein auch auf die Aufhebung des »Glass-Steagall Act« unter Clinton, die eine deutliche Liberalisierung des Bankensektors zur Folge hatte und indirekt die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers 2008 mitverantwortete, die wiederum die Weltfinanzkrise der späten 2000er-Jahre auslöste. Die Geschichte der Deregulierung der Finanzmärkte in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren und deren Auswirkungen nicht nur für die USA wird in den kommenden Jahren ein Thema werden, dem sich die Historiker*innen widmen müssen.⁵

Eine stärker international vergleichende Perspektive hätte dem Buch gutgetan. Die Clinton-Regierung war nicht alleine mit der Herausforderung neuer Konkurrenzökonomien in einer globalisierten Weltwirtschaft. Das Problem der Abwanderung von Unternehmen in Staaten mit geringeren Arbeitslöhnen, weniger Arbeitsschutz und niedrigeren Sozialstandards traf alle westlichen Volkswirtschaften und löste für mindestens ein Jahrzehnt einen Wettlauf um die Reduktion staatlicher Sozialleistungen und intensivierte Deregulierungen aus, der erst mit der Weltfinanzkrise von 2008 endete.

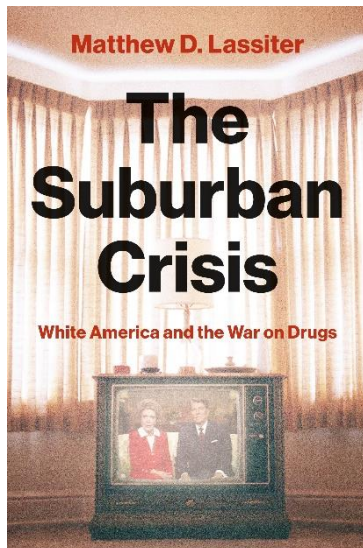
Ein Vorteil der Studie ist, dass sie, durchaus provozierend, den Blick auf die langfristigen Folgen der Clintonschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik richtet. Damit wird das vorherrschende Narrativ einer prosperierenden Ära von marktwirtschaftlichem Aufschwung, Demokratie und Frieden, die der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 mit der inzwischen ikonischen Formulierung des »End of History« umschrieb⁶, mit gegenläufigen Entwicklungen wie der Durchsetzung von George W. Bushs neokonservativer Agenda, der Weltfinanzkrise und dem Aufstieg Donald Trumps kontrastiert, die erst nach dem Ende von Clintons Amtszeit auftraten. Wie der Titel vermuten lässt, werden Aspekte, die diesem Narrativ entgegenstehen, unterbelichtet oder uminterpretiert. Ob nicht doch die Schaffung von Arbeitsplätzen inklusive geringer Arbeitslosenquote, ein Rückgang der Bezieher*innen von Sozialhilfe, staatliche Haushaltsüberschüsse, kontinuierlich steigende Aktienkurse und ein imposantes Wirtschaftswachstum von Vorteil für jede Gesellschaft sind, wird kaum thematisiert.

⁵ Vgl. dazu bereits die Autobiografie von Robert Rubin, US-Finanzminister in der Clinton-Regierung: *Robert E. Rubin/Jacob Weisberg*, In an Uncertain World. Tough Choices from Wall Street to Washington, New York 2004; vgl. *Robert Scheer*, The Great American Stickup. How Reagan Republicans and Clinton Democrats Enriched Wall Street While Mugging Main Street, New York 2010.

⁶ *Francis Fukuyama*, The End of History and the Last Man, New York 1992.

Zitierempfehlung

Nikolas Dörr, Rezension zu: Nelson Lichtenstein/Judith Stein, *A Fabulous Failure. The Clinton Presidency and the Transformation of American Capitalism*, Princeton University Press, Princeton 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82028.pdf>> [23.10.2024].



MATTHEW D. LASSITER

The Suburban Crisis.
White America and the War on Drugs

Princeton University Press | Princeton 2023
680 Seiten, Hardcover | \$ 39,95
ISBN 9780691177281

rezensiert von

KRISTOFF KERL, Köln

Auf einer Pressekonferenz, die am 17. Juni 1971 im Anschluss an ein Treffen führender Politiker*innen der beiden großen Parteien stattfand, erklärte der damalige US-Präsident Richard Nixon den Gebrauch von Substanzen, die unter dem inkohärenten Begriff »Droge« rubriziert wurden, zum »public enemy number one«. Gegen diesen Feind, so Nixon, sei es notwendig eine »new, all-out offensive« zu starten, die global zu führen sei und auf einem parteiübergreifenden Konsens beruhen müsse.¹ Der sogenannte »War on Drugs«, der zeitlich freilich nicht auf die Präsidentschaft Richard Nixons beschränkt war, hat bereits die Aufmerksamkeit einiger Historiker*innen auf sich gezogen. Beforscht wurden etwa die US-amerikanische Drogenaußenpolitik, die rassistische Stoßrichtung der Drogenpolitik und der Beitrag des »War on Drugs« zur Formierung des »Carceral State«.² Diese thematischen Zusammenhänge spielen auch in der Studie »The Suburban Crisis« des Historikers Matthew D. Lassiter eine bedeutende Rolle. Darin untersucht Lassiter den »War on Drugs« in den USA von den 1950er-Jahren bis in die 1980er-Jahre, wobei im Epilog auch cursorisch die Drogenpolitik der anschließenden Dekaden bis zur Präsidentschaft von Joe Biden skizziert wird.

Lassiter verfolgt die These, dass die Drogenpolitik insgesamt von »reciprocal decriminalization of whiteness and criminalization of blackness and foreignness« gekennzeichnet war, »grounded in selectively deployed law enforcement and in the discursive framing of idealized suburban spaces and pathologized urban slums and border towns« (S. 3). Zudem kann er eindrücklich zeigen, dass diese Politik tatsächlich das Resultat eines parteiübergreifenden Konsenses war, der sowohl liberale als auch konservative Politiker*innen umfasste und wesentlich aus einem Zusammenspiel

¹ Richard Nixon Foundation, Public Enemy Number One. A Pragmatic Approach to America's Drug Problem, 29.6.2016, URL: <<https://www.nixonfoundation.org/2016/06/26404/>> [23.10.2024].

² Vgl. etwa Michelle Alexander, The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness, New York 2010; Helena Barop, Mohnblumenkriege. Die globale Drogenpolitik der USA, 1950–1979, Göttingen 2021; Timo Bonengel, Riskante Substanzen. Der »War on Drugs« in den USA (1963–1992), Frankfurt am Main 2020; Kathleen J. Frydl, The Drug Wars in America 1940–1973, Cambridge 2013.

lokaler, föderaler und bundesstaatlicher Akteure hervorging. Um diese Argumentationen zu unterfüttern, wertet Lassiter einen beeindruckend breiten Quellenkorpus aus, der unter anderem Presseartikel und TV-Beiträge, Polizei- und Gerichtsakten, Regierungsdokumente, Protokolle von Parlamentssitzungen und parlamentarischen Anhörungen sowie wissenschaftliche Studien beinhaltet. Der Autor nähert sich seinem Untersuchungsgegenstand anhand diverser Fallstudien, bei deren Analyse er auf methodische Ansätze aus der Kulturgeschichte, der Neuen Politikgeschichte und der Urban History zurückgreift.

»The Suburban Crisis« ist in sieben Kapitel gegliedert, denen ein kurzer Prolog vorangeht und ein ebenso kurzer Epilog folgt. Im ersten Kapitel »Pushers and Victims« untersucht Lassiter die diskursive Konstruktion einer vermeintlichen »white Teenage narcotics crisis« (S. 42) in den 1950er-Jahren. In diesem vergeschlechtlichten und rassifizierten Krisendiskurs wurde Cannabisgebrauch eng mit Heroinabhängigkeit verknüpft. Weißen jugendlichen Drogennutzer*innen in den Vorstädten wurde jegliche *agency* bei ihrem Drogenerwerb und Drogenkonsum abgesprochen. Vielmehr wurden sie als bloße Opfer rücksichtsloser und verrohter, nicht-weißer Drogendealer imaginiert. Um dieser vermeintlich von außen über die weißen Suburbs hereinbrechenden Bedrohung Herr zu werden, wurden im Verlauf der 1950er-Jahre drastische Verschärfungen der Drogengesetzgebung beschlossen und etwa Mindeststrafen für den Besitz von sowie den Handel mit Substanzen wie Cannabis und Heroin festgelegt.

Die Reaktionen auf die »delinquency crisis« (S. 120), die die weißen Vorstädte in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren vermeintlich erfasste, sowie die Krisennarrative, die sich um den Aufstieg einer psychedelischen Drogenkultur und die seit Mitte der 1960er-Jahre rasant ansteigende Zahl jugendlicher »Ausreißer« rankten, bilden den Gegenstand des zweiten Kapitels »Suburban Rebels«. Laut Lassiter bildeten diese Krisennarrative eine Antwort auf das Scheitern der »utopian suburban solution« (S. 120), die ein behütetes Aufwachsen weißer Jugendlicher versprochen hatte. Strafverfolgungsbehörden und Sozialdienste reagierten auf die vermeintliche Delinquenzkrise mit einer Mischstrategie aus Überwachung, Bestrafung und Rehabilitation weißer Jugendlicher. Während weiße Jugendliche auf diesem Weg häufig vor rechtlichen Strafen bewahrt und stattdessen zur Teilnahme an therapeutischen Maßnahmen verpflichtet wurden, sah dieser Ansatz, den Lassiter als »punitive liberal« (S. 140) charakterisiert, lange Haftstrafen für Dealer*innen vor. Mit dem Aufstieg der psychedelischen Kultur gerieten schon bald allerdings verstärkt auch Jugendliche und junge Erwachsene aus der weißen, suburbanen Mittelschicht ins Visier polizeilicher Maßnahmen.

Die Bedeutungen, die Jugendliche und junge Erwachsene dem Drogenkonsum in den Jahren um 1970 verliehen, sowie die behördlichen Reaktionen auf diesen Konsum beleuchtet Lassiter im dritten Kapitel anhand von vier Fallstudien. Dabei kann er zeigen, dass in diesen Jahren der Drogenkonsum weißer junger Menschen sowohl von den Konsumierenden als auch von deren Eltern sowie von Expert*innen und Politiker*innen zunehmend unter Rückgriff auf das Paradigma des »generation gap« erklärt und damit – im Gegensatz zum Drogengebrauch nicht-weißer junger Menschen – eher in einen politischen als in einen kriminellen Rahmen gestellt wurde. Dies hatte Auswirkungen auf den polizeilichen und gerichtlichen Umgang mit den (weißen) Jugendlichen, die sich, anders als es die Figur des »verderbenden Dealers« suggerierte, ihre Substanzen primär über Netzwerke von Bekannten organisierten und sie im Freundeskreis konsumierten. Zwar stieg die Zahl der wegen Drogenbesitz oder Drogenkonsum verhafteten Jugendlichen in den Vororten um 1970 rasant an, doch wurde der Großteil der gegen sie eingeleiteten Verfahren wieder eingestellt.

Zugleich kam es in den Jahren um 1970 zu einer Eskalation des bundesstaatlichen »War on Drugs«, durch die Cannabis zunehmend ins Zentrum der Drogenpolitik rückte. Im vierten Kapitel »Public Enemy Number One« beleuchtet Lassiter diesen Prozess. Obwohl Cannabiskonsum unter jungen Erwachsenen zu diesem Zeitpunkt weitgehend normalisiert war, bestand unter Politiker*innen weitgehend Konsens darüber, dass es zwar einer Reform der harschen Cannabisgesetze bedürfe, die Kriminalisierung des Besitzes von und des Handels mit dieser Substanz jedoch aufrechtzuerhalten sei. Neben dem fortdauernden Glauben, dass Cannabis als Einstiegsdroge zu Heroinkonsum führen würde, bildete die rassifizierte Angst, dass

Cannabiskonsum zur Ausbildung eines »amotivational syndrome« führe und Teenager aus den Suburbs sowie weiße Studierende durch ihn vermeintliche »ghetto« values and lifestyles« (S. 268) übernehmen würden, einen wichtigen Grund für diese Haltung.

Vor dem Hintergrund der rasant gestiegenen Zahl der Verhaftungen weißer Jugendlicher wegen Cannabisbesitz formierten sich in den frühen 1970er-Jahren aber auch Legalisierungskampagnen, getragen von Organisationen wie NORML und AMORPHIA, wie Lassiter im fünften Kapitel »Impossible Criminals« schildert. Im Verlauf der Dekade entwickelte sich daraus eine breite Graswurzelbewegung, auch wenn sie – abgesehen von einigen örtlichen Erfolgen wie beispielsweise der Entkriminalisierung von Cannabis in Oregon – mit ihrem Anliegen letztlich scheiterte. Ähnlich wie bei der Strafverfolgung spielte auch im Kontext der Legalisierungskampagnen »Whiteness« eine zentrale Rolle. So war die (implizit weiße) Figur des »ansonsten gesetzestreu« Jugendlichen von großer Bedeutung. Das Problem der Diskriminierung nicht-weißer Menschen im Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit Verstößen gegen die Drogengesetze wurde dagegen auch von Befürworter*innen der Cannabislegalisierung nur sporadisch thematisiert. Vielmehr argumentierten sie oftmals, dass dieser Schritt es erst ermöglichen würde, gegen die Dealer »harter« Drogen und gegen die »Kriminellen« in den urbanen Zentren – sprich: gegen arme, häufig nicht-weiße Menschen – vorzugehen.

In Reaktion auf die wachsende Unterstützung für die Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes und -konsums formierte sich in den späten 1970er-Jahren eine weitere Graswurzelbewegung: die sogenannte »Parents' Movement«, die zunächst wesentlich von Eltern mit einem weißen, liberalen Hintergrund getragen wurde. Sie ist das Thema des sechsten Kapitels »Parent Power«. Organisationen wie PRIDE (Parents' Resource Institute for Drug Education) und NFP (National Federation of Parents for Drug-Free Youth) entwickelten einen enormen Einfluss auf die Regierung von US-Präsident Jimmy Carter, die ihre anfängliche Befürwortung der Cannabis-Entkriminalisierung bald aufgab und stattdessen mit massiven Ressourcen die von der »Parents' Movement« betriebene und auf eine vollständige Drogenabstinenz zielende »Zero-Tolerance«-Kampagne unterstützte. Während diese Kampagne insofern erfolgreich war, als dass der Anteil junger Menschen anstieg, die chronischen Cannabiskonsum als gefährlich einstufen, blieb die Einstellung zum gelegentlichen Konsum unberührt.

Der »War on Drugs« in der Ära von Ronald Reagan und die »Just Say No«-Kampagne der First Lady Nancy Reagan, bilden den Gegenstand des siebten und letzten Kapitels. Die Reagan-Regierung knüpfte maßgeblich an die Cannabis-Politik der späten Carter-Jahre an und setzte die Zusammenarbeit mit der sich zunehmend autoritär gebärdenden »Parents' Movement« fort. Cannabis – noch immer als Einstiegsdroge dämonisiert – stand dabei weiterhin im Zentrum des Kampfes gegen Drogen, doch gewann ab den frühen 1980er-Jahren auch der Kampf gegen den sich ausbreitenden Kokainkonsum und seit 1986 insbesondere der gegen Crack an Bedeutung. So kam es 1986 unter Federführung der Demokratischen Partei im US-Kongress zur Verabschiedung des »Anti-Drug Abuse Act«, der die Mindeststrafen für »Schedule 1«-Substanzen – also Substanzen, denen ein hohes Missbrauchspotenzial und keinerlei medizinischer Nutzen zugeschrieben wurde – erhöhte und enorme rassistische Effekte hatte.

Matthew D. Lassiter hat mit »The Suburban Crisis« ein sehr lesenswertes Buch verfasst. Mit seinem Fokus darauf, wie die Sorge um das Wohl weißer Jugendlicher und Adoleszenter aus den Vororten die US-amerikanische Drogenpolitik beeinflusste, trägt es wesentlich zu einem besseren Verständnis bei, wie die miteinander verschränkten Kategorien von »race«, »class« und »gender« den politischen, polizeilichen und rechtlichen Umgang mit Drogengebrauch grundlegend beeinflussten. Auch kann Lassiter zeigen, dass die (implizite) Rassifizierung der Drogenpolitik weit ins liberale gesellschaftliche Lager ausstrahlte und sogar für die Politik von Organisationen wie Amorphia, in der auch linksradikale Akteure aktiv waren, von großer Bedeutung war. An manchen Stellen neigt das Buch zu Redundanzen. Außerdem wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor den roten Faden der Argumentation mitunter deutlicher herausgearbeitet hätte. Trotz dieser kleinen Kritikpunkte trägt das Buch jedoch deutlich zu einem besseren Verständnis des »War on Drugs« bei und ist somit nachdrücklich zur Lektüre zu empfehlen.

Zitierempfehlung

Kristoff Kerl, Rezension zu: Matthew D. Lassiter, *The Suburban Crisis. White America and the War on Drugs*, Princeton University Press, Princeton 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82027.pdf>> [23.10.2024].



ELLA MÜLLER

Die amerikanische Rechte und der Umweltschutz.
Geschichte einer Radikalisierung

Hamburger Edition | Hamburg 2023
368 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-86854-382-7

rezensiert von

MICHAEL HOCHGESCHWENDER, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die USA zu Beginn der 1970er-Jahre: Aus Anlass des ersten »Earth Day« 1972 bekennen sich Millionen von Amerikanern öffentlich und mit großer Begeisterung zum Umweltschutz. Im Kongress geht seit den 1960er-Jahren eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zu diesem Thema mit denkbar umfassenden Mehrheiten aus Liberalen und Konservativen mühelos und nahezu ohne Diskussion durch. Auch der neue, konservative Präsident Richard M. Nixon von den Republikanern ist weder willens noch in der Lage, sich gegen diesen breiten, gesamtgesellschaftlichen Konsens von Politik, Gesellschaft, Judikative und Medien zu stellen. Also umarmt er den Gegner, den er nicht zu besiegen vermag. Eine Generation später, in den 1990er-Jahren, ist alles anders: Der Umweltschutz ist in den USA zur politischen Standortfrage geworden. Wer sich als konservativ sieht, geht oft so weit, beispielsweise die Tatsache des menschengemachten Klimawandels schlicht zu leugnen. Umweltschutz ist in dieser Sicht zum Charakteristikum liberal-progressiver, radikaler Gesellschaftsreform geworden, der man sich nicht minder radikal auf allen Ebenen, in Politik, Gesellschaft, Medien und in der Justiz entgegenstellen muss.

Diese Geschichte ist oft erzählt worden¹, aber in aller Regel nicht aus Sicht der konservativen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich ab etwa 1970 erst zaghaft und dann immer vehementer dem bald brüchig werdenden gesellschaftlichen Konsens in den USA entgegengestellt haben. Genau dieser dann doch merkwürdigen Lücke in der Historiografie zur Geschichte des Umweltschutzes nimmt sich Ella Müllers verdienstvolle Monographie an. Ihr gelingt dabei eine ungemein gut lesbare und nuanciert argumentierende Studie, die auf breiter Quellenbasis und in Kenntnis der vorhandenen Sekundärliteratur einsichtig macht, warum bestimmte Individuen und Gruppen sich im Kampf gegen den etablierten Umweltschutz allmählich radikalisierten, um dann vor allem ab den 1980er- und 1990er-Jahren von einer nunmehr gleichfalls radikalisierten, kultur-

¹ Vgl. etwa Patrick Allitt, *A Climate of Crisis. America in the Age of Environmentalism*, London 2014; Brian A. Drake, *Loving Nature, Fearing the State. Environmentalism and Antigovernment Politics before Reagan*, Seattle 2013.

kämpferischen Republikanischen Partei eingesammelt und instrumentalisiert zu werden. Der Autorin gelingt es, diesen vielschichtigen und spannungsreichen Prozess präzise nachzuzeichnen und dabei weder in stereotype Schuldzuschreibungen gegenüber ›der Industrie‹, ›dem Kapital‹ oder ›den Konservativen‹ zu verfallen, noch den eigenen, pointiert liberal-progressiven Standpunkt aufzugeben. Diese empathische, auf Verstehen und Erkenntnisgewinn ohne besserwisserische Dogmatik angelegte Form der Geschichtsschreibung wird hier nachgerade meisterhaft zelebriert. Die Akteure werden jederzeit ernst genommen, selbst dort, wo sie, meist zu Recht, kritisiert werden.

Eine besondere Stärke des Buchs liegt in der Art, wie einzelne Vorfälle lebendig und quellennah beschrieben und analysiert werden. Das gelingt eindrucksvoll etwa für den Kampf der vormaligen Umweltaktivistin Dr. Dixy Lee Ray für die Atomkraft, in der sie, noch in den 1970er-Jahren ganz im szientistischen Denkstil der 1950er-Jahre befangen, einen universalen Ansatz zur Rettung von Umwelt und Klima zu erkennen glaubte. Da sich die Mehrheit der progressiven Umweltschutzbewegung aber seit dem Atomunfall im Kernkraftwerk Three Mile Island 1979 mehr und mehr von der Atomenergie abwandte, sah Ray sich zunehmend isoliert und wurde ihrerseits verbittert und radikaler, anfänglich komplett ohne das Zutun ökonomisch motivierter Interessengruppen, die überhaupt erst relativ spät als Akteure auftreten.

Vergleichbar war der Verlauf des Konfliktes in dem lange und erbittert geführte Kampf um die »Northern Spotted Owl« in den Bundesstaaten Oregon und Washington State in den 1970er- und 1980er-Jahren. Zu Beginn stellten sich vor allem kleine, aber sehr lebendige Gemeinden, die vom Holzabbau lebten, gegen die Große Koalition des etablierten Umweltschutzes. Weitere Holzgewinnung und der Erhalt des eigenen, traditionellen Lebensstils gegen den Schutz einer seltenen Eulenart, so lautete die Alternative. Schrittweise solidarisierte sich, selbstredend interessengeleitet, die Holzindustrie mit den Arbeitergemeinden um schließlich die Konservativen in der Politik nachzuziehen. In dieser neuen Koalition entstand dann das Feindbild des rechthaberischen, bürokratischen und bevormundenden Fanatikers aus einer akademisch-intellektualistisch verengten Umweltschutzbewegung, die – so die konservative Sicht seit etwa 1995 – in erster Linie kulturkämpferische Ziele auf dem Rücken der »kleinen Leute« austrug. Hier zeichnete sich schon die auf Andrew Jackson zurückgehende, antielitäre Argumentationslinie eines Donald Trump am Horizont ab. Am Ende siegte die ökologisch-ökonomische Zweckrationalität, während die Holzarbeitergemeinschaften tatsächlich verschwanden. Ob allgemeiner Wirtschaftswandel, die Globalisierung oder die Ökologie daran die Schuld trugen, oder auch sämtliche Faktoren gemeinsam, sei dahingestellt, faktisch waren die Ängste der »kleinen Leute« im Nordwesten nicht unberechtigt gewesen.

Diese und andere Fallbeispiele ordnet die Autorin gekonnt und mit großem Erkenntnisgewinn in die allgemeine Geschichte der Dialektik von »Environmentalism« und »Anti-Environmentalism« ein. Diese Kapitel sind berechtigterweise primär chronologisch angelegt. Müller achtet sorgfältig darauf, weltanschaulichen Wandel, parteipolitische Neuausrichtungen, Koalitionsbildungen und die Arbeit von Lobbyorganisationen auf beiden Seiten in einen Zusammenhang zu bringen und dabei persönliche, quasi erfahrungsgeschichtliche Ebenen mit der Geschichte des Strukturwandels zu verknüpfen. Auf diese Weise entsteht ein farbiges und facettenreiches Bild. Vollkommen berechtigt erscheint es, um 1994 einen Bruch anzusetzen. Zu dieser Zeit verschärfte sich der Kulturkampf in den USA merklich. Die Republikaner – erfolgsverwöhnt aus der Reagan-Ära und daher verblüfft über ihren Machtverlust nach der Wahl Bill Clintons 1992, in der Folge verärgert und in wachsendem Maße beherrscht von Konservativen aus der weißen Mittelklasse des tiefen Südens (ein Milieu, dass bis in die 1960er-Jahre zu den Demokraten gehalten hatte) – wandten sich im »Contract with America« von 1994 einer für die Partei gänzlich neuen, radikal antiliberalen Agenda zu, die durch ideologisch einseitige Radio- und TV-Sender wahlweise verbreitet und intensiviert oder komplett verdammt wurde. In diesem auf beiden Seiten vergifteten und hysterischen Diskurs verlor das Thema Umweltschutz jede noch verbliebene integrative Funktion und wurde zum reinen Agitationsinstrument.

An dieser Stelle ist ein kleiner Vorbehalt gegenüber den ansonsten rundum überzeugenden Argumenten der Autorin angebracht. Es will scheinen, als werde mit Blick auf die »Anti-

Environmentalists« etwas zu oft und etwas zu unbegründet das Konzept Rassismus ins Feld geführt. Wieder und wieder unterstellt sie den Kritikern der progressiven Umweltschutzbewegung, zumindest implizit einer rassistischen Motivation zu folgen, ohne dies jedoch im Detail und für sämtliche angeführten Fälle aus den Quellen belegen zu können. Gewiss gibt es solche Zusammenhänge, dennoch scheinen schnödes Profitstreben oder die soziokulturelle Differenz zwischen progressiven und konservativen Milieus die vorrangigen Handlungsmotivationen für den radikalisierten »Anti-Environmentalism« darzustellen, nicht ein scheinbar omnipräsenter Rassismus. Ansonsten aber handelt es sich zweifellos um ein Meisterwerk besonnener Geschichtsschreibung, dessen Lektüre unbedingt zu empfehlen ist.

Zitierempfehlung

Michael Hochgeschwender, Rezension zu: Ella Müller, Die amerikanische Rechte und der Umweltschutz. Geschichte einer Radikalisierung, Hamburger Edition, Hamburg 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82026.pdf>> [21.10.2024].